



öffentlich

Betreff:

Verhandlungen über ein Sonder-Wohnungsbauprogramm für Potsdam mit dem Land Brandenburg

Erstellungsdatum 11.09.2007

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion CDU

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
10.10.2007	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Land Brandenburg Verhandlungen über ein Sonderwohnbauprogramm für die Landeshauptstadt Potsdam zu führen.

Gez. Bettina Paulsen
Stellvertr. Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Für die Landeshauptstadt Potsdam ist auch für die nächsten Jahre ein weiterer Anstieg der Bevölkerung prognostiziert. Um den daraus resultierenden Bedarf an Wohnraum decken zu können, ist ein Neubau von Wohnungen im Geschosswohnungsbau notwendig. Um die Mieten auch künftig bezahlbar zu gestalten, ist eine Bezuschussung von Wohnungsbauvorhaben erforderlich.